

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend europäische Klimaschutzmaßnahmen mit erfolgreicher Standortpolitik vereinen

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die oberösterreichische Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene zukunftsweisende Klimaschutzmaßnahmen mit einer erfolgreichen Standortpolitik vereint und die Arbeitsplätze in den Regionen langfristig gesichert werden.

Begründung

Die Europäische Kommission hat in ihrem kürzlich präsentierten Green Deal zahlreiche Klimaschutzmaßnahmen vorgelegt, die insbesondere auch für die europäische Industrie strengere Auflagen vorsehen. Neben einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik muss aber jedenfalls sichergestellt werden, dass Unternehmen nicht aus Europa in Länder mit niedrigeren Standards abwandern und Arbeitsplätze in unseren Regionen gefährdet werden.

Der Industriestandort Oberösterreich hat in den letzten Jahrzehnten bereits eindrucksvoll bewiesen, dass sich eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und effiziente Klimaschutzmaßnahmen nicht ausschließen. Nachhaltige und saubere Produktion sind in unserem Bundesland lange gelebte Praxis, gerade deshalb gelangen unsere Vorzeigeunternehmen bereits an die Grenzen des technisch Machbaren, was die weitere Reduktion von CO₂-Emissionen betrifft. Für mehr Investitionen und vertiefte Forschung ist ein Zugang für Oberösterreichs Unternehmen zum Innovationsfonds, der im Zuge des Green Deals präsentiert wurde, erforderlich.

Für eine saubere Industrie steigt außerdem auch der Bedarf an Energie weiter, wie sich an den Millioneninvestitionen für eine nachhaltige Stahlproduktion in der Industriestadt Linz zeigt. Entscheidend ist dabei, dass europaweit der Weg der erneuerbaren Energien eingeschlagen

wird und kein Ausbau der Atomkraft zur Deckung des höheren Bedarfs erfolgt. Der Green Deal der Europäischen Kommission darf zu keinem Atom Deal werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten ersuchen die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für deren Einsatz auf europäischer Ebene stark zu machen, um sicherzustellen, dass die geplanten und notwendigen Klimaschutzmaßnahmen mit einer aktiven Standortpolitik vereint werden.

Linz, am 03. März 2020

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Kölblinger, Kirchmayr, Manhal, Tausch, Dörfel, Höckner

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Neubauer, Baldinger, Fischer, Kattnigg, Graf, Nerat, Schießl, Cramer